

Ja!



Irene Khan aus Bangladesch ist internationale Generalsekretärin von amnesty international

Präsident Obama korrigiert einige der Verfehlungen, die die Bush-Regierung im Namen des Kriegs gegen den Terror begangen hat. An seinem zweiten Tag im Amt ordnete er an, das Gefangenenlager in Guantánamo binnen einem Jahr zu schließen, prangerte Folter und Misshandlungen an und beendete die geheimen Haftstätten der CIA. Das

ist definitiv richtig, aber er muss noch mehr machen. Noch immer herrscht Straflosigkeit – er muss Ermittlungen unterstützen, um diejenigen vor Gericht zu stellen, die für die Verfehlungen verantwortlich sind. Er muss Menschenrechtsverletzungen der CIA in Afghanistan angehen. Obama will einen Sitz im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Das ist völlig richtig so. Aber er muss ihn benutzen, um andere – wie China und Israel – auf den Pfad der Menschenrechte zu ziehen. Er ist auf dem richtigen Weg, und wir erwarten mehr.



Frank-Walter Steinmeier ist Bundesaußenminister und SPD-Kanzlerkandidat

Präsident Obama steht für Neuanfang und Wandel in der amerikanischen Politik, für Zuversicht in schwieriger Zeit, für eine Gesellschaft, in der alle unabhängig von Herkunft und Hautfarbe ihre Chance haben. Auch außen-

politisch geht er neue Wege: Diplomatie statt Abschottung, Dialog statt Ausgrenzung, jüngstes Beispiel Kuba. In der Klimapolitik oder bei der Abrüstung haben wir endlich einen Partner, der selbst mutig vorangehen möchte. Kein Zweifel – über den Atlantik weht ein frischer Wind, eine neue Offenheit. Und selten war das so wichtig wie jetzt. Ich sehe die Chance für einen Neubeginn in den transatlantischen Beziehungen. Nutzen wir sie!



Davina Kotulski ist eine nationale bekannte Autorin und Homosexuellenaktivistin aus San Francisco

Obama hat schon bewiesen, dass er radikal anders ist als sein Vorgänger. Rechte für Schwule und Lesben waren Teil seines Wahlkampfprogramms, und seit er im Amt ist, hat er die UN-Prinzipien gegen die Kriminalisierung von Homosexualität unterschrieben und schwul-lesbische Familien zum traditionellen Ostereiersuchen im Weißen Haus eingeladen. Das sind Schritte in die richtige Richtung. Aber wir

brauchen handfeste Maßnahmen. Einige Ungerechtigkeiten sollte er sofort angehen, etwa die Diskriminierung von schwulen und lesbischen Soldaten. Im nächsten Schritt könnte Obama zeigen, dass er wirklich ein Fürsprecher von Einwandererinnen für binationale gleichgeschlechtliche Paare ist. Es wird zugegebenermaßen schwierig sein, den Defense of Marriage Act (Doma) abzuschaffen, der 1996 unter Bill Clinton eingeführt wurde und der die Bundesregierung dazu verpflichtet, gleichgeschlechtliche Ehen nicht anzuerkennen. Das muss sich ändern. Verabschiedet sie endlich, die Gesetze!



Yoani Sánchez lebt in Havanna und betreibt den unabhängigen, preisgekrönten Blog „Generación Y“.

In wenigen Monaten hat Barack Obama mehr für die Normalisierung der Beziehungen zu Kuba getan als George W. Bush in seiner gesamten Amtszeit. Wir stehen zwar in Obamas Prioritätenliste nicht ganz oben, aber wir sind auch nicht zur totalen Vergessenheit verdammt. Er hat die Einschränkungen für Besuche

und Geldsendungen kubanischer Emigranten aufgehoben und „droht“ jetzt damit, den US-Tourismus auf der Insel wieder zuzulassen. Unsere Regierenden sind schon ganz durcheinander, denn sie haben sich an aggressive Gegner gewöhnt, mit denen sie das Fehlen von Freiheiten in Kuba begründen konnten. Mit seinem Lächeln und seiner Jugend wird Obama von vielen meiner Landsleute bewundert. Lediglich die größten Antimperialisten versuchen, der „Obama“ etwas entgegenzusetzen: „Obama“, sagen sie, „ist wie Bush – nur schwarz angemalt.“

DIE SONNTAZ FRAGE

100 TAGE OBAMA

Bringt Obama wirklich die Wende?

BILANZ Am 30. April ist US-Präsident Barack Obama 100 Tage im Amt. Krise, Kriege, Menschenrechte – Obama kämpft darum, die großen Hoffnungen zu erfüllen.



nächste frage
DIE SONNTAZFRAGE WIRD VORAB ONLINE GESTELLT
Immer dienstags ab 12 Uhr. Wir wählen eine interessante Antwort aus und drucken sie dann in der sonntaz taz.de/sonntazstreit

Fotos: amnesty, ap (2 x), Chloe Atkins, Polaris/LAIF, Zane Ritt, Gezetti, dbt, privat

Nein!



Phyllis Bennis vom Institute for Policy Studies in Washington gehört zur US-Friedensbewegung

Präsident Obama hat seine Wahlversprechen in Sachen Afghanistan nicht gebrochen – er hat versprochen zu eskalieren, und das hat er gemacht. Aber es gibt keine militärische Lösung für Afghanistan, und mehr Truppen zu schicken wird nicht den Sieg bringen. Das Gleiche gilt für die

unbemantelten Bomberdrohnen, die schon routinemäßig sowohl in Afghanistan als auch in Pakistan Zivilisten töten und die Menschen direkt in die Arme der Taliban und anderer Widerstandsgruppen treiben.

Obamas Militäretat beträgt 664 Milliarden US-Dollar – 20 Milliarden Dollar mehr als der von Bush. Noch nicht enthalten sind 77 Milliarden Dollar, die Obama für die Kriege in Irak und Afghanistan dieses Jahr noch beantragen will. Will der Präsident wirklich ein zweites Vietnam in Afghanistan und Pakistan?



Tariq Ali ist britischer Historiker, Filmemacher, Autor und Redaktionsmitglied der „New Left Review“

Die ersten 100 Tage zeigen starke Elemente der Kontinuität mit der Regierung Bush. Wie Obama es in seinem Wahlkampf versprochen hatte, ist er fleißig dabei, den Nato-Krieg in Afghanistan über den Khaiberpass auszuweiten – das hat bereits zur Destabilisierung Pakistans geführt. Während die Nato in Afghanistan immer tiefer im Schlamassel versinkt, kommt kein Widerspruch aus Europas Außenministerien. Hermann Brochs Roman „Die Schlafwand-

ler“ sollte Pflichtlektüre für die europäischen Eliten und Bevölkerungen sein, die Obama bei seiner Europareise freundlich begrüßt haben, ohne sich darum zu scheren, was in Afghanistan/Pakistan passiert. Dasselbe gilt für Israel/Palästina, wo Obama und die europäischen Schlafwandler die Kollektivbestrafung der Bevölkerung des Gazastreifens unterstützen. Zu Hause hat Obama den größten Geldtransfer aller Zeiten von den weniger Begüterten zu den Bankern zu verantworten. Seine Wall-Street-Bande ist so konservativ, dass sie in der New York Times regelmäßig von zwei Trägern des Nobelpreises für Ökonomie, Paul Krugman und Joseph Stiglitz, an den Pranger gestellt wird. Kein guter Start.



Norman Paech, Professor für Völkerrecht, ist für Die Linke im Bundestag

Obama hat begonnen, den Augstall auszumisten, den der Albtraum Bush hinterlassen hat, z. B. in Guantánamo. Doch Afghanistan, Iran, Palästina zeigen, wie wenig er die Bush-Spur beseitigen kann. Einerseits eine neue Strategie für Afghanistan, Gesprächsangebote an Iran, die Zweistaatenlösung für Palästina

na. Andererseits 21.000 weitere Soldaten für Afghanistan, für die kein Afghane ein sinnvolles Argument findet. Dann noch die Verlängerung der Sanktionen gegen Iran und Kuba. Und kein sichtbarer Ansatz, die Blockade der Israelis zu durchbrechen. Obama hat zum Krieg gegen Gaza geschwiegen. Obama ist nicht der Gorbatschow der USA, und diese werden ihr Imperium nicht so bald auflösen. Dafür sorgt auch sein Beraterstab, der nicht viel Hoffnung auf Wandel hergibt.



Lucas Christopher studiert Politik in Kassel. Er hat seinen Beitrag auf taz.de gestellt.

Obamas Politik besteht bisher nur aus Visionen und vielen guten Ansätzen, die Vollendungen lassen jedoch auf sich warten. So hat er zwar die geheimen Gefangenenlager geschlossen, die Aufklärung über die dort stattgefundenen Folterungen fehlt jedoch. Genauso hat er die Schließung von Guantánamo angeordnet, noch immer ist aber nicht klar, was mit den Gefangenen jetzt passieren soll. Doch nicht nur bei den Menschenrechten wirkt seine Politik leicht halberzig, auch in der internationalen Zusammenarbeit. Und wirkliche Vorwürfe sind ihm in seiner fast nicht vorhandenen Umweltpolitik und der angeblichen Friedenspolitik zu machen.

Ich bin für die Unabhängigkeit der Presse.

Bitte senden Sie mir Informationen zur taz Genossenschaft.

Vorname | Nachname

Straße | Hausnr. | PLZ | Ort

Telefon | E-Mail

Senden Sie diesen Coupon an:
die tageszeitung | Verlagsgenossenschaft eG | Postfach 610229
10923 Berlin | oder F (030) 25 90 25 16 | www.taz.de/genossenschaft

Die einstige Galionsfigur der GlobalisierungskritikerInnen von Attac, Sven Giegold, inzwischen Grünen-Kandidat bei den Wahlen fürs Europaparlament, hat mal gesagt: „Ohne social peace gibt es auch keinen green peace.“ 2003 war das, beim ersten McPlanet, dem Kongress, der die Globalisierungskritiker von Attac mit den Umweltverbänden zusammenbringen sollte. Giegolds damalige Absicht: Er wollte die etablierten Umweltverbände wieder stärker an Bewegungen anbinden und für ökonomische und soziale Themen sensibilisieren. Durchaus mit Erfolg: Nach Jahren weitgehender Demo-Abstinenz tauchten auch auf Sozialprotesten wieder Fahnen von Greenpeace oder BUND auf.

Ökologie versus Ökonomie

IN DER FINANZKRISE BRICHT DER ALTE KONFLIKT AUS ANFANGSZEITEN DER UMWELTBEWEGUNG WIEDER AUF

Anlässlich des 4. McPlanet-Kongresses, der am nächsten Wochenende in Berlin stattfindet, müsste der Appell umgekehrt werden: Ohne green peace auch kein social peace. Zwar mahnen selbst Ökonomen, dass der Klimawandel schlimmere Auswirkungen haben wird als die derzeitige Finanzkrise. Aber in Zeiten, in denen hunderttausende Jobs auch in Deutschland bedroht sind, rangiert die Ökonomie wieder einmal vor der Ökologie. Die Grünen – darunter auch Giegold selbst – wittern in der



FELIX LEE POLITIK VON UNTEN

Krise zwar die Chance, Marktregulierung mit Umweltschutz zu verknüpfen. Dieser „Green New Deal“ findet bei vielen Regierungschefs der Industriestaaten auch tatsächlich Anklang. Aber die Realität ist anders: In einer Studie zeigte Germanwatch kürzlich, dass die klimafreundlichen Ausgaben in den Konjunkturpaketen der G-20-Staaten gerade 6,6 Prozent ausmachten. Und so stecken die Umweltaktivisten nun selbst in der Krise. Ihre Themen werden zwar registriert, haben aber nicht nur bei

den Regierungschefs, sondern auch in weiten Teilen der Bevölkerung keine Priorität. Von einem Revival der Umweltbewegung kann derzeit zumindest keine Rede sein. Für umweltpolitische Appelle ist der McPlanet-Kongress auch der falsche Ort. Die europaweite Demonstration der Gewerkschaften unter dem Motto „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen!“ am 16. Mai wäre angebrachter. Aber vielleicht hat Giegolds Appell von vor sechs Jahren ja gefruchtet – und Aktivistinnen von Greenpeace oder BUND lassensich auch auf dieser Sozialdemo blicken.

■ Der Autor ist Redakteur für soziale Bewegungen FOTO: WOLFGANG BORRS

FRAUEN In Island brachte die Finanzkrise Frauen an die Macht. Kommende Woche steht bei der Parlamentswahl der nächste Sieg einer Frau bevor. Hat eine neue Ära begonnen?

Zeit der Heldin



Isländische Modepräsentation
Foto: Recuenco/Madame Figaro/LAIF; AFP

VON REINHARD WOLFF

Die Sagen der Wikinger werden in Island jedem Kinderzählt. Sie handeln von risikobereiten, kraftstrotzenden Männern, die vor Jahrhunderten mit ihren Schiffen in See stachen und auf der Vulkaninsel im Nordatlantik Siedlungen gründeten. Es war genau dieses Erbe, das Islands Staatspräsident Ólafur Ragnar Grímsson im Mai 2005 bei einem Vortrag in London beschwor. „Diese Tradition ehrt diejenigen, die sich trauen, fremde Gebiete zu ergründen und moderne Geschäfte als eine Fortsetzung des Wikingergeistes sehen“, sagte er damals.

Vier Jahre später ist von den Eroberern nicht viel übrig geblieben. Milliarden Schulden, die Pleitebanken verstaatlicht. Dafür rückte an die Spitze der Regierung erstmals eine Frau, Jóhanna Sigurðardóttir, 66, So-

zialdemokratin und wegen ihres Kampfes gegen Korruption „Heilige Johanna“ genannt, wurde die erste Regierungschefin der Welt, die in eingetragener Partnerschaft mit einer Frau lebt. Am kommenden Samstag wählt Island, und Sigurðardóttir dürfte aller Voraussicht nach für eine reguläre Amtszeit bestätigt werden.

Auf viele Positionen sind Frauen gerückt, die das Land aus der Misere herausreißen sollen. In zwei der drei verstaatlichten Banken, Glitnir und Landsbanki, wurden die früheren männlichen Bankdirektoren durch Frauen ersetzt. Die norwegisch-französische Untersuchungsrichterin Eva Joly wurde angeheuert, um Licht in den Korruptionsfall zu bringen, der Island an den Rand des Abgrunds gebracht hat.

Und einem einzigen Investmentfonds gelang es, im Katastrophenjahr 2008 schwarze

Regierungschefin Sigurðardóttir, die „heilige Johanna“



Zahlen zu schreiben: Audur Capital, gegründet 2007 von zwei Frauen. Sie wollten eine Alternative zum männerdominierten aggressiven Finanzsektor bieten. Zudem „dealjunkies“ wie Audur-Gründerin Halla Tómasdóttir sie nennt. Denen „nichts als die nächste Provision“ wichtig

sei. Auch Audur ist eine heldenhafte Gestalt aus den Wikingersagen – allerdings nicht berühmt für Abenteuerlust, sondern für ihre Weisheit. Eine Frau.

Frauen an der Spitze von Unternehmen ticken anders, sagt Tómasdóttir: Nicht unbedingt weniger risikobereit, aber risikobewusster. Die Managerin weist darauf, dass der Titel „Unternehmer des Jahres 2008“ nicht zufällig an eine Frau vergeben wurde: Rannveig Rist, Vorstandsvorsitzende von Islands größter Aluminiumschmelze. Rist hatte schon im Frühjahr 2008 die Krise heraufziehen sehen, ihr Unternehmen schuldnerfrei gemacht und damit vor einem Kollaps bewahrt.

Doch Rist, die Ingenieurin, die Firmenchefin wurde, ist bislang die einzige Frau an der Spitze eines so großen Unternehmens. Von wirklich gleichen Chancen für Frauen sei auch Island noch weit entfernt, meint Sigurður

Thorgeirsdóttir, Philosophieprofessorin an der Universität Reykjavik: „Was die Frauenrepräsentanz in Banken, im Finanzsektor, an den Unis, in der Politik angeht, liegen wir noch weit hinter den Ländern zurück, mit denen wir uns sonst gern vergleichen.“

„Paradigmenwechsel? Leider nein“, bedauert auch Thorgerdur Einarsson, Professorin für Gender-Studien an der Universität Reykjavik: „Als die großen Banken ihre Direktoren gegen Frauen auswechselten, war das eine Panikreaktion. Sie spürten den Widerstand in der Bevölkerung. Etwas musste getan werden. Und sie taten ganz einfach das Naheliegendste, um die Unzufriedenheit einzudämmen.“ Ein Richtungswechsel weg von der „Gleichsetzung des Wikingerkriegers mit dem Geschäftsmann“ – das sei es noch nicht gewesen. Aber: „Wir haben nun die einzigartigste Chance, in diesem

Vakuum, das sich da aufgetan hat, zu operieren.“

Halla Tómasdóttir sieht das ähnlich. Es sei ein langwieriger Prozess, den Wertegrund einer Gesellschaft zu verändern. „Doch selbst wenn Frauen jetzt nur kurzfristig auf einflussreichen Posten sitzen sollten, hoffe ich, es wird in der Gesellschaft die Erkenntnis wachsen, welche Werte Frauen einbringen können und dass diese sowohl in der Geschäftswelt wie der Politik positive Auswirkungen haben. Dann könnten wir zu einer besseren Balance kommen und die Egos blockieren, die bislang unsere Banken und unsere Politik bestimmen.“

„Wir müssen ein neues Gefühl für Solidarität schaffen“, umschreibt Jóhanna Sigurðardóttir ihre künftige Aufgabe als Regierungschefin. Dass sie in diesem Amt mehr als eine Panikreaktion war, können ihr die Wählerinnen am 25. April bestätigen.

Nur Jagd, nicht Politik

TRAGÖDIEN AUF SEE UND DEMNÄCHST ZWEIFELHAFTE PIRATEN-PROZESSE: DER KAMPF GEGEN DIE PIRATERIE IST EINDRUCKSVOLL FANTASIELOS

Die Ansicht ist so widerlegt wie unausrottbar, dass politisches Handeln sich durch militärische Aktion ersetzen lässt. „Die Welt als Wille ohne Vorstellung“ sagte mein Vater in spöttischer Abwandlung von Schopenhauer. Die Piratenjagd vor Somalia bestätigt ihn postum. Kaum etwas anderes zeugt von einem derartigen Mangel an Fantasie wie dieser Kampf, der nicht zu gewinnen ist.

Gewiss: Es wird weiter von machtvollen Siegen einer gut gerüsteten Kriegsmarine berichtet werden. Tragödien werden sich ereignen, Helden werden geboren. Bis das Interesse erlahmt. Und dann? Dann wird das Problem noch immer bestehen.

Somalia ist der Prototyp eines zerfallenen Staates. Seit 18 Jahren keine Regierung, keine Behörden, keine allgemein anerkannten Instanzen. Stattdessen: Bürgerkrieg, Hunger, Vertreibung. Viele erwachsene Somalier haben nie ein anderes Gesetz kennengelernt als das des Stärkeren. Und nun unterscheidet der Rest der Welt dort – Sprache der Nachrichtenagenturen – zwischen „Kriminellen“ und anderen Leuten? Niedlich. Kriminelle kann es nur geben,



BETTINA GAUS POLITIK VON OBEN

wenn es ein Rechtssystem gibt. Das ist in Somalia nicht der Fall, und die Somalier haben wenig Grund, ihr Vertrauen internationalen Normen zu schenken. In ihren Gewässern wurde illegal gefischt, um Förderrechte für Öl haben ausländische Mächte mit unlauteeren Mitteln gekämpft, Waffenhändler verdienen sich eine goldene Nase. Die US-Luftwaffe tötet bei Bombenangriffen auf angebliche Verstecke islamistischer Terroristen schuldlose Frauen, Männer und Kinder. Da erscheint Piraterie doch fast als lässliche Sünde.

„Wir sind eine Welt“. Dieser Slogan wurde lange Zeit als humanitärer Appell verstanden. Dabei stellt er lediglich eine Tatsache fest. Ohne politische Initiativen für Somalia werden sich Gefahren nicht erfolgreich bekämpfen lassen, die von diesem Land ausgehen. Niemand behauptet, dass ein Ausweg leicht zu finden wäre. Es ist nur eben unumgänglich, dass er gefunden wird.

Verstanden wurde das bisher offenbar noch nicht. Sonst würde man gefangene Piraten nicht ausgerechnet Gerichten in Kenia überstellen wollen, wo nun der erste Prozesstermin angesetzt ist.

Das Land war mehrfach Ziel von Terroristen, leidet selbst unter politischer Gewalt, und das Chaos in Somalia destabilisiert die Lage zusätzlich. „Ich besorge dir jederzeit für ein paar Dollar eine Kalaschnikow oder eine Handgranate“, sagte ein kenianischer Freund kürzlich bitter. „Somalische Flüchtlinge sind da gerne behilflich.“

Die Menschenrechtsbilanz in Kenia ist schlecht. Überfüllte Gefängnisse, eine korrupte Polizei und Justiz, regelmäßige Misshandlungen von Verdächtigen. Wer meint, ein Problem ließe sich lösen, wenn ein somalischer Pirat vor einem kenianischen Richter steht, hat vielleicht einen festen Willen. Aber eben keine Vorstellung von der realen Welt. Und sogar ein internationales Piraterie-Gericht wäre nicht mehr als ein Kampf gegen Symptome.

Die Autorin ist politische Korrespondentin der taz. Foto: Amélie Losier

sonntazwette

1 Wer gewinnt am Freitag den Deutschen Filmpreis in der Kategorie „Beste Spielfilm“?
- Der Baader Meinhof Komplex
- Chiko
- Im Winter ein Jahr
- Jerichow
- John Rabe
- Wolke 9

2 Wahl in Südafrika am Mittwoch: Wie viel Prozent schafft die neue Partei Cope?

3 Berliner Volksentscheid am Sonntag: kippen die Religionsgemeinschaften den gemeinsamen Ethikunterricht?

GEBEN SIE AUF TAZ.DE ihre Prognose ab. Unter denjenigen, die richtig liegen oder am nächsten dran sind, verlosen wir ein ©TOM-Urlaubsset. Annahmeschluss der Wetten ist am kommenden Mittwoch, 15 Uhr. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

taz.de/sonntazwette

rundscreiben 01 | 09

medico international www.medico.de

Gegenperspektiven lesen!

Das medico-rundscreiben kostenlos bestellen!

Solidarität in der Krise +++ Nach dem Krieg in Gaza: Das Ende der Hoffnung? +++ Der tägliche Tod in Zimbabwe: Gesundheitskämpfe in Zeiten der Cholera +++ Sri Lanka: Nachrichten ohne Öffentlichkeit +++ Brasilien: Positive Kämpfe +++ Bangladesch: Die Krise als Chance +++ Das kostenlose medico-rundscreiben erscheint vierteljährlich. Autonome Hilfe braucht Ihre Unterstützung.

Initiator der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen Friedensnobelpreis 1997

medico international
www.medico.de
069/944 38-0